

# Journal

für Konflikt- und Gewaltforschung  
Journal of Conflict and Violence Research

Band 2 · Heft 1 · 2000 · S. 4-27

Michael Vester

Von der Integration zur sozialen  
Destabilisierung: Das Sozialmodell  
der Bundesrepublik und seine Kri-  
se

*From Integration to Social Destabilization: The Social Model of  
the Federal Republic of Germany and its Crisis*

## Abstract

After World War II, West German society developed a new model of integration, called „employee society” by the Social Democratic Chancellor Willy Brandt. Economically, this model was possible because small-scale pre-industrial property structures decreased sharply while industrial and office labor became more qualified and better paid. Politically, the model was based on institutional regulation of class interests through collective bargaining and a modernized welfare state. In addition, society underwent important changes where cultural capital and personal autonomy increased (the „knowledge society” and „individualization”). Although the vertical class structure was not abolished, the family trees of labor became more differentiated.

The long period of economic stagnation since 1973 caused the return of mass unemployment and poverty (both around 10 percent), the preservation of discrimination (by gender, ethnicity, age, and milieu), and an enormous increase in discontinuous and precarious life situations in the vast middle ground of skilled blue and white collar employees. Rather than taking these grievances seriously, the political class continues piecemeal neoliberal policies of social destabilization. As a consequence, the majority of the population feels deep distrust against politicians. The conservatives lost power in 1998, but since then the new red-green coalition has lost much of its support because it continued neoliberal policies. However, most critics become non-voters; the potential for right wing populism is at most 25 percent.

## Lizenz

Dieser Artikel wird vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld mit Genehmigung der Autorin/des Autors veröffentlicht. Er steht unter einer Creative-Commons-Attribution-No-Derivative-Works-Lizenz (CC-by-nd). Es gilt der Lizenztext unter <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/de/legalcode>.

## Von der Integration zur sozialen Destabilisierung: Das Sozialmodell der Bundesrepublik und seine Krise

In der gegenwärtigen Situation wird die Zunahme sozialer Ungleichheiten vorzugsweise so erklärt, daß niemand dafür die Verantwortung trägt – es sei denn die „Ökonomie“ oder „die Masse“, d. h. die Betroffenen selber. Die politisch Mächtigen fördern heute wieder soziale Gegensätze oder, wie es in der neutralisierenden Sprache der Ökonomie heißt, die „Spreizung der Einkommen“. Aber das tun sie nach eigenem Bekunden nur, weil ihnen die Globalisierung der Märkte dazu keine Alternative läßt. Wie anders sollen sie die Menschen, die sonst träge in der bequemen Hängematte des Wohlfahrtsstaates liegenblieben, zu mehr Leistung zu motivieren?

Mit dieser Sichtweise kontrastiert erfrischend die Erinnerung an die politische Verantwortung, die Max Weber den Parteien vor gut 100 Jahren ins Stammbuch schrieb: „Das *Drohende* unserer Situation aber ist: daß die bürgerlichen Klassen als Träger der *Macht*interessen der Nation zu verwelken scheinen und noch keine Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Arbeiterschaft reif zu werden beginnt, an ihre Stelle zu treten. *Nicht* – wie diejenigen glauben, welche hypnotisiert in die Tiefen der Gesellschaft starren – bei den *Massen* liegt die Gefahr. Nicht eine Frage nach der *ökonomischen Lage der Beherrschten*, sondern die vielmehr nach der *politischen* Qualifikation der *herrschenden und aufsteigenden* Klassen ist auch der letzte Inhalt des *sozialpolitischen* Problems. Nicht Weltbeglückung ist der Zweck unserer sozialpolitischen Arbeit, sondern die *soziale* Einigung der Nation, welche die moderne ökonomische Entwicklung sprengte, für die schweren Kämpfe der Zukunft.“ (Weber 1988, 23, Hervorhebung bei Weber) Ausdrücklich machte Weber weder die ökonomistische noch die massenpsychologische Zeitmode mit, sondern verwies darauf, daß die „Systemintegration“ von der politischen Kultur und vor allem den Regulierungskonzepten der gesellschaftlichen Eliten und Gegeneliten abhängt.

Als Versuch, aus der Unverantwortlichkeit der Vergangenheit zu lernen, entstand nach 1945 in der Bundesrepublik ein neues Modell gesellschaftlicher Konfliktregulierung und Integration. Die Regulierung der Klassengegensätze beruhte auf einer relativ umfassenden korporativen und parteipolitischen Repräsentation und Aushandlung der Konflikte zwischen den sozialen Gruppen. Sein Erfolg wurde möglich durch den langen

Aufschwung des Nachkriegskapitalismus, durch die Entlastung der Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches von früheren großen regionalen, wirtschaftsstrukturellen und konfessionellen Konflikten.

Die konservativen Regierungen Konrad Adenauers entwickelten nicht nur die Kompromißfähigkeit zwischen den bürgerlichen Parteien, sondern auch mit der Arbeiterbewegung. In den 1950er und 1960er Jahren konnten sich die Arbeitnehmer die Teilhabe am ‚Wirtschaftswunder‘ durch Arbeitszeitverkürzungen sowie höhere Lohn-, Konsum-, Sozial- und Bildungsstandards erkämpfen. Während die traditionellen Agrar- und Industrieberufe der körperlichen Arbeit radikal schrumpften, wuchs die Mitte der Facharbeiter und qualifizierten Angestellten. Die Klassengesellschaft „*enttraditionalisierte*“ sich. Nicht nur die ständisch-kleinbürgerlichen Strukturen, sondern auch die schroffen Klassenspaltungen aus der Zeit der Industrialisierung bauten sich ab. Für die *Arbeiter* schwanden die alten Merkmale der sog. „Proletarität“, d. h. die unsichere Beschäftigung, die soziale Rechtlosigkeit und die eher geringe Fachqualifikation. Durch erkämpfte Rechte, hohes Fachkönnen und relative soziale Sicherheit erlangten sie ihrerseits Standards der sozialen „Mitte“. Die ‚Entproletarisierung‘ war jedoch nicht rückwärts, auf eine ‚kleinbürgerliche‘ oder ‚mittelständische‘ Einordnung gerichtet, sondern auf ein modernes, ‚meritokratisches‘ (Young 1958) Bewußtsein, d. h. das Prinzip „*Leistung gegen Teilhabe*“. Für die Bereitschaft zu hoher Arbeitsleistung wurde eine umfassende Teilhabe an den sozialen Chancen verlangt.

Trotz gewichtiger Unterschiede gab es hier auch Gemeinsamkeiten mit der DDR-Gesellschaft. Diese war, wie Wolfgang Engler es nennt, eine „*arbeiterische Gesellschaft*“. In beiden Gesellschaften war, wenn auch unter verschiedenen politischen Regulierungsformen, die Arbeiterklasse in die Mitte aufgerückt, deren sichere soziale Standards zuvor dem alten Mittelstand (den kleinen Eigentümern) und dem neuen Mittelstand (den „besseren“ Angestellten) vorbehalten gewesen waren.

Das neue Modell der regulierten Klassengesellschaft lag jenseits der alten Alternative zwischen ständischer Harmonie und schroffen Klassengegensätzen. Einerseits waren die Klassengegensätze jetzt eindeutiger, weil die ständischen Zwischenschichten dahinschwanden. Andererseits waren sie durch das Aushandlungsmodell des „institutionalisierten Klassenkonfliktes“ (Geiger 1949; Dahrendorf 1957), das die Chance zum Kompromiß bot, entschärft. Das Modell war relativ unabhängig von direkter staatlicher Intervention. Das „korporatistische Dreieck“ (Kreckel 1992) von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften sicherte zwar nicht eine

gleiche, aber doch eine bedeutsame Teilhabe der Arbeitnehmer an der Gesellschaft.

Diese Stärke wurde später auch zur Schwäche. Intern ermöglicht die institutionelle Bürokratie häufig zu wenig Beweglichkeit, Partizipation und Elitewechsel. Extern verlor sie an Repräsentativität, insbesondere für Frauen, Ausländer, gering Qualifizierte, Jugendliche und Rentner. Das Sozialmodell hatte darin seine Grenzen, aber es war doch modernisierungs- und konfliktfähiger als das staatsbürokratische Modell, das nach 1945 mit Hilfe der Sowjetunion in Ostdeutschland installiert wurde. So konnte die Regierung Willy Brandts, die 1969 durch modernisierte Arbeitnehmer und Jugendmilieus an die Macht gebracht wurde, das Sozialmodell wesentlich erweitern und auch durch die Versöhnung mit dem Osten außenpolitisch absichern. Nach seinem großen Wahlsieg von 1972 sprach Willy Brandt vom Modell der „Arbeitnehmergeinschaft“ (Lepsius 1973).

### **1. Die Ideologie der „postindustriellen Wissensgesellschaft“: Überwindung der Klassengegensätze?**

Das Integrationsmodell war allerdings um 1970 bereits durch neue wirtschaftliche Strukturverschiebungen herausgefordert, die mit der sog. Tertiärisierung identifiziert wurden. Von 1950 bis 1997 sank die Beschäftigung in der Landwirtschaft von etwa 25% auf etwa 3%, in der Industrie von etwa 43% auf 38%. Die Freigestellten wurden, jedenfalls bis 1973, meist nicht arbeitslos, sondern wechselten in andere, wachsende Branchen. Die Beschäftigung stieg in den öffentlichen und privaten Dienstleistungen von etwa 18% auf etwa 40%, in Handel und Verkehr von etwa 14% auf etwa 23%.

Daniel Bell proklamierte 1973 die „postindustrielle Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft“ als einen Epochenbruch, der die Wirtschaft-, Herrschafts- und Mentalitätsstrukturen unaufhaltsam und grundlegend ändert (Bell 1985 [1973]). Er begründete dies mit drei Tendenzannahmen: (1) *Tertiärisierung*, d. h. Verdrängung der zuvor dominanten Industrie durch den Dienstleistungssektor; (2) *Wissensgesellschaft*, d. h. Ablösung der Macht des Kapitals durch die legitime Autorität des Wissens; (3) *postmaterialistischer Wertewandel* (Inglehart 1977), d. h., als Folge der Sättigung der materiellen Bedürfnisse durch den Wohlfahrtsstaat die Verdrängung der „materialistischen“ Werte der (ohnehin verschwindenden) Arbeiterklasse durch die postmateriellen Werte der modernen Dienstleistenden.

Über Ulrich Beck (1983; 1986) und Anthony Giddens (1999) ist diese Deutung inzwischen zum Mainstream, zu einer neuen Integrationsideolo-

gie geworden. Sie legitimiert eine moderne Elite (des Wissens), die im Bündnis mit anderen Eliten (innovatorischen Unternehmern, Medienleuten und Politikern) und produktiven Leistungsträgern (den modernen Dienstleistenden) steht, vereint durch gemeinsame (postmaterialistische) Werte und Ideale.

Die Beschreibung bleibt allerdings an der Oberfläche der Erscheinungen. Die Industrie ist nach wie vor bedeutsam, wenn auch *neben* den Dienstleistungen. Die Wissenschaftler sind nach wie vor dem Kapital untergeordnet (Baethge u. a. 1995). Und die Dienstleistenden sind, wie auch die Industriebeschäftigten, überwiegend Arbeitnehmer. Tertiärisierung, Wissensgesellschaft und Wertewandel beschreiben daher keinen Epochenbruch, der die Herrschaftsverhältnisse ändert oder die Industrie unwichtig macht, sondern eine horizontale Differenzierung, die die Produktivkräfte vielfältiger und intelligenter macht. (Auf diese Differenzierung sind die Institutionen der „Arbeitnehmergeinschaft“ tatsächlich nicht hinreichend eingestellt.)

Entstanden ist damit nicht eine neue herrschaftsfreie Welt, sondern eine neue Konfliktkonstellation. Der Widerspruch zwischen den modernisierten Produktivkräften und den gesellschaftlichen Kommandoverhältnissen wird zur Zeit in den sozialen Kämpfen zwischen Kapital, Staat und Arbeit neu ausgetragen. Dabei konkurrieren zwei Alternativen der Modernisierung miteinander. Die heute herrschende Politik versteht unter Innovation die Stärkung der Autorität der Spitzen, d. h. der „unternehmerischen“ Eliten in der Wirtschaft wie in den öffentlichen Bürokratien bis hin zu den Universitäten. Die Gegenseite betont, daß die gestiegene Differenzierung und Fachkompetenz nach flacheren Hierarchien und mehr Entscheidungskompetenz am Arbeitsplatz verlangt. Die Autoritäten wiederum werten diese Ansprüche von unten als Behinderung der Leistungsfähigkeit in der globalen Konkurrenz der Märkte und fordern daher den Abbau sozialer Rechte.

### **2. „Individualisierung“ – Die Ideologie der Auflösung sozialer Identitäten und Kohäsion**

Ulrich Beck leitet aus dem Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft direkt die sog. „Individualisierung“ ab (Beck 1983; vgl. Beck 1986). Er stützt sich dabei auf drei Tendenzannahmen: (1) die *Heterogenisierung* der sozialen Lagen durch entstandardisierte Lebenslaufmuster und durch neue Ungleichheiten nach Geschlecht, Alter und Ethnie; (2) den *Bindungsverlust*, d. h. die Ablösung der neuen Generation von den traditionellen Herkunftsmilieus infolge der Mobilität in neue Wohnorte,

Berufe und Ausbildungen, wo die Bindungen lockerer und frei wählbar sind; (3) das *neue Politikmodell*, d. h. – als Folge der Erosion alter Bindungen – auch der Zerfall der sozialdemokratischen und sozialkatholischen Großgruppen. Deren Politik der materiellen Umverteilung wird durch ein neues Politikmodell „jenseits von rechts und links“, in dem es um postmaterielle Werte und um Lebensstile geht, ersetzt (Beck 1983; 1986; Giddens 1999).

Unsere Gegenthese versteht die sogenannte Individualisierung nicht als völlige Neuschaffung, sondern als *Umstellung* (vgl. dazu Bourdieu 1982 [1979], 227ff, 711f), als einen *relativen* Umbau der Mentalitäten und Milieus.<sup>1</sup> Die äußeren Lebensbedingungen haben sich durchaus ein Stück weit in die angegebene Richtung verändert. Aber dies ergab sich nicht automatisch aus einer ‚materiellen Sättigung‘. Vielmehr hat jedes Milieu die neuen Bedingungen nach seiner ‚eigenen Façon‘ verarbeitet. Der Milieuwandel folgte keiner evolutionären Gesetzmäßigkeit, sondern er wurde, vor allem in den sechziger Jahren, in den *Emanzipationskämpfen* der Jugendkulturen „gemacht“ (Clarke u. a. 1979; vgl. Geiling 1996). Die Zusammenhänge der Milieus haben sich nicht aufgelöst, sondern in ihrer Form geöffnet und modernisiert und, nach der Art von Stammbäumen, aufgefächert. Die Milieus sind somit einerseits immer noch als Nachfahren der früheren Stände, Klassen und Schichten (und ihrer Untergruppen) erkennbar. Andererseits haben sie auch gemeinsame Züge, in der jüngeren Generation vor allem in den Werten der Selbstbestimmung, der Selbstverwirklichung und – da es sich um Vergemeinschaftungen von (Alters-)Gleichen, um peer groups, handelte – auch der sozialen Mitverantwortung.

<sup>1</sup> Dies ließ sich auch mit qualitativen und mit repräsentativen Befragungen, durchgeführt nach der Methodologie von Bourdieu, bestätigen (Vester u. a. 1993/2000).

Abbildung 1: Traditionslinien sozialer Milieus in West- und Ostdeutschland<sup>2</sup>

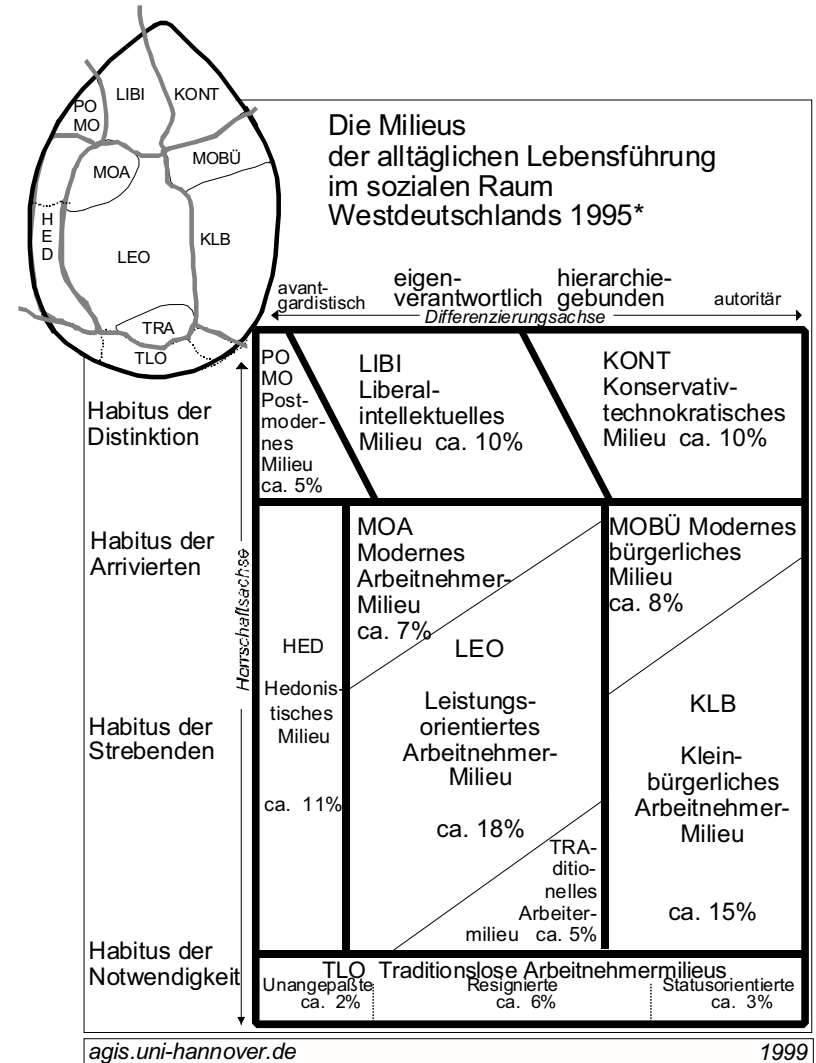
| Die vertikalen Milieustufen und ihre horizontale Differenzierung nach Traditionslinien  | Differenzierung der Traditionslinien: Untergruppen (-) und Generationen (*) in Westdeutschland (1982–1995)  | Differenzierung der Traditionslinien: Untergruppen (-) und Generationen (*) in Ostdeutschland (1991–1997)   |
|---|---|---|
| <p><b>1. Hegemoniale Milieus</b> (zwischen 22% und 25%)</p> <p>1.1. Traditionslinie von <b>Macht und Besitz:</b> Milieus der wirtschaftlichen und hoheitlichen Funktionsebenen (ca. 10%)</p> <p>1.2. Traditionslinie der <b>Akademischen Intelligenz:</b> Milieus der humanistischen u. dienstleistenden Funktionsebenen (ca. 10%)</p> <p>1.3. Traditionslinie der kulturellen <b>Avantgarde</b> (ca. 5%)</p> | <p>Konservativ-technokratisches Milieu (ca. 9%–10%)**</p> <p>Liberal-intellektuelles Milieu (ca. 9%–10%)**, mit zwei Teilgruppen:<br/>– Progressive Bildungselite (ca. 5%)<br/>– Moderne Dienstleistungselite (ca. 4%)</p> <p>– Alternatives Milieu (ca. 5%–0%)**<br/>– Postmodernes Milieu (ca. 0%–5%)**</p> | <p>– Rationalistisch-technokratisches Milieu (ca. 6%–0%)**<br/>– DDR-verwurzeltes Milieu (ca. 0%–7%)**</p> <p>Bürgerlich-humanistisches Milieu (ca. 10%–8%)**</p> <p>Linksintellektuell-alternatives Milieu (ca. 7%–ca. 7%)**</p> |

<sup>2</sup> Die Zuordnung der westdeutschen Milieus ist, auch mittels der repräsentativen Befragung von 1991, näher untersucht (Vester u. a. 1993/2000). Die Prozentsätze stützen sich auf Daten des ‚Sinus‘-Instituts (SPD 1984; Becker u. a. 1992; Flaig u. a. 1993; ‚Spiegel‘ 1996). Die Zuordnungen der ostdeutschen Milieus ist unsere Hypothese auf Basis neuerer ‚Sinus‘-Untersuchungen (‚Spiegel‘ 1996).

|   |  |   |
|---|--|---|
| <b>2. Milieus der „respektablen“ arbeitenden Klassen</b><br>(zw. 64% und 66%) |  |   |
| <b>2.1. Facharbeiterische Traditionslinie</b><br>(zw. 27% und 30%)            | *Traditionelles Arbeitermilieu (ca. 10%–5%)**<br>*Leistungsorientiertes Arbeitnehmermilieu (ca. 20–ca.18%)**<br>*Modernes Arbeitnehmermilieu (0%–7%)** | *Traditionelles Arbeiter- und Bauernmilieu (ca. 27%–12%)**<br>*Aufstiegsorientiertes Pioniermilieu (0%–ca. 8%)**<br>*Modernes Arbeitnehmermilieu (0%–ca. 9%)**<br>*Kleinbürgerliches Milieu (ca. 23%–12%)** |
| <b>2.2. Ständisch-kleinbürgerliche Traditionslinie</b><br>(zw. 32% und 23%)   | *Kleinbürgerliches Arbeitnehmermilieu (ca. 28%–15%)**<br>*Modernes bürgerliches Milieu (0%–ca. 8%)**   | *Modernes bürgerliches Milieu (0%–ca. 10%)**<br>*Status- und karriereorientiertes Milieu (ca. 9%–5%)**<br>Hedonistisches Milieu (0–ca. 10%)**   |
| <b>2.3. Avantgarde der Jugendkultur</b> (ca. 10%)                             | *Hedonistisches Milieu (ca. 10%–11%)**   | Subkulturelles Milieu (ca. 5%–0%)**   |
| <b>3. Traditionslinie(n) der Unterprivilegierten</b><br>(zwischen 8% und 13%) | Traditionslose Arbeitnehmermilieus<br>– Statusorientierte (ca. 3%)<br>– Resignierte (ca. 6%)<br>– Unangepasste (ca. 2%)                                | – Traditionsloses Arbeitnehmermilieu (ca. 8%–13%)**<br>– Hedonistisches Arbeitermilieu (ca. 5%–0%)**  |

\*\* Veränderung der Milieus in Prozent von 1982 bis 1985 (West) und 1991 bis 1997 (Ost)

**Abbildung 2:** Die Milieus der alltäglichen Lebensführung im sozialen Raum Westdeutschlands



### 3. Heterogenisierung und Destabilisierung der Lebenslagen

Die neuen Umstände, auf die die jüngeren Milieus sich umstellen mußten, beruhten nicht allein auf der Zunahme sozialer Chancen, sondern bald auch auf gegenläufigen Tendenzen sozialer Unsicherheit und Heterogenität, bedingt durch die seit der Ölkrise von 1973 anhaltende lange *Stagnation* (Zinn 1998, 55 und 75). Die anhaltende Wachstumschwächung mit steigendem „Arbeitslosensockel“ beruhte auf einem relativen Zurückbleiben der Massennachfrage. Von 1980 bis 1997 stiegen die Nettolöhne nur um 20%, die Nettogewinne aber um 119%. Die flüchtigen Geldmittel der ‚Besserverdienenden‘ flossen immer weniger in die Nachfrage und immer mehr in die Spekulation mit Anlagekapital. Mit der Nachfrage sank auch die Beschäftigung. Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg stufenweise von einer Million auf mehr als vier Millionen oder ca. 10% in den neunziger Jahren, die Armut auf etwa 10%.

Arbeitslosigkeit und Armut waren nur die Spitze des Eisbergs. Kaum wahrgenommen wurde das mehrfach größere Massiv unter der Oberfläche, die Betroffenheit der sozialen Mitte durch erzwungene Veränderungen ihrer „*Lebensweise als ganzer*“ (Thompson 1987 [1963]), d. h. nicht nur ihrer quantitativen Standards, sondern ihrer Lebensqualität. Die Verdrossenheit, die sich politisch äußert, begann in der Alltagserfahrung. Eine Mehrheit sieht heute das Prinzip der Arbeitnehmergesellschaft – „Leistung gegen Teilhabe“ – durch soziale Diskriminierung, Destabilisierung der Lebensläufe und Prekarität gefährdet. Viele empören sich, daß Menschen nach Geschlecht, Alter oder ethnischer Gruppe benachteiligt werden oder Menschen, die zuverlässig gelernt und gearbeitet haben, keinen sicheren und dauerhaften Arbeitsplatz bekommen können und auf die Gnade anderer angewiesen sind. Von den neuen Diskriminierungen sind wachsende Gruppen der gut ausgebildeten sozialen Mitte betroffen. Diese neue Konstellation läßt sich in vier Erscheinungsformen zusammenfassen, die seit den siebziger Jahren nacheinander Aktualität gewonnen haben und heute gleichzeitig und kumuliert nebeneinander bestehen.

Die erste Form betrifft die *soziale Diskriminierung bestimmter Personengruppen*. Sie wird seit den siebziger Jahren breit diskutiert, unter dem Namen „neue soziale Frage“ oder „neue soziale Ungleichheiten“ (Geißler 1976; Hradil 1987). Von den Stelleneinsparungen und Einkommensdämpfungen war damals der korporativ gut vertretene Kern der Industriegesellschaft weniger betroffen als die schlecht vertretenen Gruppen der „sozialen Peripherie“. Die allmählich zurückkehrende Unsicherheit der Arbeitsplätze betraf zuerst die gering qualifizierten Milieus, die Frauen, die

Alten, die Jungen und die Ausländer (deren Zuwanderung gestoppt wurde), also Gruppen, die ohnehin unterproportional am Wirtschaftswachstum teilhatten. Ähnlich war die Situation der „geprellten Generation“ (Bourdieu 1982 [1979]), d. h. jener Teile der jüngeren Jahrgänge, die durch die Bildungsreformen besser ausgebildet waren, aber zu spät kamen, um in Krankenhäusern, Sozialeinrichtungen, Schulen, Universitäten usw. noch einen sicheren Arbeitsplatz zu finden. Der sog. „Radikalerlaß“ der Bundesregierung machte zudem vielen von ihnen Angst, wegen politischer Aktivitäten verfolgt bzw. vom Öffentlichen Dienst ferngehalten zu werden.

Das zweite Phänomen, die *Verzeitlichung* der sozialen Ungleichheiten, wird zunehmend seit den achtziger Jahren beobachtet. Die Normalbiographie der Industriegesellschaft machte *diskontinuierlichen und entstandardisierten Lebenslaufmustern* immer mehr Platz. Phasen der Ausbildung, des vollen oder prekären Erwerbs und der Erwerbslosigkeit wechselten einander ab (Berger/Hradil 1990; Berger 1996). Den Hintergrund bildete das Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf zwei, dann drei Millionen nach 1980. Die Krise erreichte verstärkt die Trägerbranchen des früheren Wirtschaftswunders und den zuvor gesicherten Kern der Arbeitnehmer. Die Unternehmen senkten die Kosten nicht mehr nur mit Rationalisierungen der Arbeitsorganisation und vermehrt mit neuen, extrem arbeitssparenden Technologien. Hinzu kam ein Paradigmenwechsel der betrieblichen Beschäftigungspolitik (Berger 1996; Konietzka 1997; zusammenfassend: Sopp/Konietzka 1998). Qualifizierte Stammbeschäftigten wurden nicht mehr im Betrieb gehalten, sondern durch „downsizing“ verschlankt. Denn bei Bedarf konnten genügend qualifizierte Kräfte extern angeworben werden.

Dies führte nicht nur zur Arbeitslosigkeit, sondern zu einem *neuen Typus von Umstellungen: der Abwertungskarriere*. Sie traf neben den Unterprivilegierten zunehmend die Facharbeiter und -angestellten wie auch die Bildungsschichten. Längsschnittuntersuchungen (Berger 1996) bestätigen, daß die statistischen Durchschnittswerte über die Erfahrung der Diskontinuität sozialer Lagen täuschen. So lag 1977 bis 1988 die Arbeitslosigkeit zwar „nur“ um zwei Millionen. Aber in der gleichen Zeit machten 13 Millionen Menschen, annähernd jede zweite Erwerbsperson, die Erfahrung einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit. Wegen ihrer guten Grundqualifikation fanden sie zwar meist wieder Beschäftigung. Aber diese relative Sicherheit wurde immer häufiger mit geringerem Einkommen

und erhöhten Belastungen an Pendlerwegen, Mehrarbeit und Abwesenheiten von der Familie bezahlt.<sup>3</sup>

Die Entwertung des kulturellen Kapitals durch wiederholte Umstellungen traf schließlich auch jene Jüngeren stärker, die immer wieder in Weiterbildungen, Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen, Stellenvertretungen usw. investierten, um sich so nach und nach in eine feste Beschäftigung „hineinzuschrauben“ – ohne aber sicher zu sein, ob der Stein, den sie emporgewälzt haben, nicht wieder zurückrollt.

Die dritte Form neuer Ungleichheit, der *Wohlstand auf Widerruf*, weitete sich in den neunziger Jahren erheblich aus (Hübinger 1996). Die einzelnen Standards der sozialen Lage (Einkommen, Wohnweise, Familien- und Gesundheitssituation usw.) waren so wenig stabil, daß ein alltäglicher Schicksalsschlag – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Scheidung usw. – mindestens vorübergehend unter die Armutsgrenze führen konnte. Über einem Sockel von etwa 10% Einkommensarmut wuchs eine *Zone der Prekarität*, die weitere 25–30% der Bevölkerung betraf. Sie reichte auch in die Milieus der Facharbeiter und Fachangestellten und bis zu den neuen Bildungsschichten, insbesondere wenn sie (als Rentner, Alleinerziehende, Kinderreiche, Scheinselbständige oder Behinderte oder durch Unfall, Krankheit oder Arbeitslosigkeit) ein Stück weit aus sozialen Netzen herausfielen. Andererseits umfaßte sie viele Beschäftigte in den entstehenden Sektoren der Billigarbeit, der befristeten oder prekären Arbeitsverhältnisse und der Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsschleifen.

Den Hintergrund dieser Prekarisierungen bildete ein weiterer qualitativer Sprung der sozialen Deregulierung. Mit dem Zusammenbruch der DDR und des Ostblocks und mit der Europäischen Vereinigung von Maastricht fielen äußere Grenzen, die die Konkurrenz zuwandernder Arbeitskräfte und der Niedriglohn-Länder kleingehalten hatten. Die Liberalisierung des Welthandels verstärkte zudem weiter den Konkurrenzdruck auf die Trägerbranchen mit hoher Produktivität und Technologie.

Die vierte Form neuer Ungleichheit, die *Deklassierung durch dauerhafte Armut* oder *Arbeitslosigkeit*, unterscheidet sich von der historischen Gestalt einer flächendeckenden Proletarisierung der ungelerten Arbeiter. Sie hat vielmehr bisher eine insulare Struktur von verarmten und sozial-

moralisch ausgegrenzten Einzelnen, die sich allerdings in bestimmten Wohnvierteln der Großstädte, den sogenannten „sozialen Brennpunkten“, und in Formen der Anomie und der Jugendgewalt gegen Fremde, aber auch der politischen Apathie oder des Rechtspopulismus verdichten. In den großen Städten haben diese, gesamtgesellschaftlich gesehen, „insularen“ Gettos inzwischen eine kritische Größe und, weil sie das interethnische Zusammenleben in der *ganzen* Gesellschaft auf die Probe stellen, eine alarmierende Bedeutung erlangt (vgl. Heitmeyer/Anhut 2000). Dabei fehlt es nicht an Kräften, die das Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen verbessern wollen. Beunruhigend ist vielmehr, daß diese Kräfte von der Politik oft alleingelassen oder, in manchen Großstädten, auch ganze Stadtviertel als politische Investitionsobjekte ‚aufgegeben‘ und sich selbst überlassen werden.

#### **4. Materielle Standards und die Qualität des Lebens: Kohäsions- und Bewältigungsstrategien im Alltag**

Wenn wir von der vertikalen Verteilung materiellen Lebenschancen ausgehen, ergibt sich das scheinbar eindeutige Bild einer zunehmenden „Spreizung“ materieller Standards. So waren z. B. 1984 bis 1989 durchschnittlich „nur“ 2,7% einkommensarm, aber zusätzlich weitere 15% ein oder zweimal unter die Grenze des halben Durchschnittseinkommens gefallen (vgl. Berger 1996). Für die frühen neunziger Jahre verzeichnet die Studie der Caritas (Hübinger 1996) bereits folgende Stufung sozialer Lagen:

- Etwa 40% lebten in *sicheren* Verhältnissen.
- Etwa 20–25% waren durch eine Lebensweise der *Knappheit* verunsichert.
- Weitere 25–30% waren Menschen im *Wohlstand auf Widerruf*.
- Etwa 10% lebten bereits in dauerhafter *Armut* mit einem Monatseinkommen unter 924 DM.

Im unteren Teil dieser Skala sozialer Lagen finden wir die oben beschriebene Stufung von Diskriminierung, Diskontinuität, Prekarität und Exklusion. Sie wird hauptsächlich auf zwei Weisen diskutiert. Die eine Seite sieht die historischen Tendenzen der *Proletarisierung und Verelendung* wiederkehren. Die Daten nimmt sie als Beweis für eine linear voranschreitende vertikale Polarisierung zwischen hohen und unsicheren Einkommen, vielleicht auch zwischen Zufriedenheit und Rebellion (oder Resignation). Die andere Seite, die einen *dritten Weg* zwischen der Sozialdemokratie und dem Wirtschaftsliberalismus propagiert, räumt zwar ein, daß die sozialen Risiken gestiegen sind. Aber sie behauptet, daß die

<sup>3</sup> Nach Umfragen sind heute die meisten Arbeitnehmer bereit, bei Entlassungen schlechtere Arbeitsbedingungen anzunehmen: längere Arbeitswege (74% dafür), schlechtere berufliche Positionen (61%) oder geringeres Verdienst (52%). Nur 1,2% haben es abgelehnt, im Sinne der Zumutbarkeitsregel einen Verdienst in Höhe der bisherigen Arbeitslosengelder bzw. -hilfen anzunehmen (nach: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut Berlin-Brandenburg, zit. in: Frankfurter Rundschau v. 9.12.1997).



Grundsicherungen des Sozialstaats extreme Not verhindern. Es bestehe sogar die Gefahr, daß die Eigeninitiative entmutigt werde, weil das Sozialsystem zu viele Risiken absichere. Das soziale Netz soll nicht als „Hängematte“ zum Verweilen einladen, sondern als „Trampolin“ die Rückkehr in ein risikobereites Erwerbsleben aktivieren. Unsere Untersuchungen zum sozialen Raum (Vester u. a. 1993/2000) liegen quer zu diesen Ansätzen und insbesondere zur Verkürzung der Sichtweise auf die vertikale und die ökonomische Dimension. Sie führen zu einer anderen Diagnose:

Zum einen öffnet sich die Schere der ökonomischen Ungleichheit nicht nur in der Richtung der vertikalen Verteilung. Die vom Markt und vom Staat angebotenen Verteilungen der Ressourcen driften auch auf der horizontalen Achse (Modernisierung der Produktivkräfte) und der Zeitachse (Generationenverhältnis) auseinander. Die Verlierer der Modernisierung konzentrieren sich keineswegs nur in den unterprivilegierten Milieus. Auch am rechten Rand der Mitte finden sich Milieus, die nach Bildungskapital und Einkommen nicht mithalten konnten, die „kleinbürgerlichen Arbeitnehmermilieus“. Die Verlierer sind schließlich auch auf der Zeitachse des Lebensverlaufs auszumachen. An deren äußeren Enden finden sich die sozialen Gruppen, die (als junge Leute) noch nicht oder (als Alte) nicht mehr genügend soziale Beziehungsnetze oder „soziales Kapital“ haben. Vor allem in den unteren und kleinbürgerlichen Milieus finden sich Rentner, die schon im Erwerbsleben wenig verdient haben und nun unter Altersarmut und Isolierung leiden. Als „Problemgruppe“ stigmatisiert sind zudem unterprivilegierte Jugendliche, deren soziale Mitgift an Ausbildungs- und Lebensstandards nicht ausreicht.

Zum anderen handeln die Individuen nicht einfach als „Träger“ objektiver Gesetze der Polarisierung der materiellen Standards. Durch ihren Habitus und ihre sozialen Beziehungen sind sie Mitglieder sozialer Milieus, deren jedes seine eigene Lebensweise, Weltsicht und Bewältigungsweise hat. Die Zumutungen liegen für viele in der Veränderung dieser *Lebensweise als ganzer*. Der ökonomische Lebensstandard sinkt „nur“ relativ ab, aber um den Preis und im Kontext ungewohnter Zumutungen an Belastung und Streß, Unsicherheit und Zukunftssorgen, Fremdbestimmung und autoritärer Bevormundung. Selbst die Lebensweise der Jugendlichen ist immer mehr eingespannt in die Logiken lückenloser Terminkalender. Auch wenn diese Lebensweise ein soziales Absinken verhindert, wird sie viel eher als Hamsterrad denn als Hängematte erfahren.

In seiner großen Untersuchung über die heutigen Modernisierungsverlierer, „La misère du monde“, kritisiert auch Pierre Bourdieu (1997 [1993]) nicht das materielle Elend, sondern das, was die heutige

Modernisierung in den sozialen Beziehungen derer anrichtet, die als Facharbeiter überflüssig, als Jugendliche chancenlos, als Landwirte ohne Erben, als Händler ohne Markt, als Frauen dem Chef ausgeliefert sind oder die sich als Lehrer, Sozialarbeiter, Therapeuten, Polizisten oder Richter vergeblich mit unmotivierten Jugendlichen oder sozialen Brennpunkten mühen (Bourdieu u. a. 1997 [1993]; vgl. Geiling 1996). Damit wird auch der melodramatische Elendsbegriff vermieden, der das Mitleid mit unabwendbar schicksalhaften Katastrophen anspricht. Vielmehr werden in der Krise sozialer Beziehungen auch die Kräfte sozialer Selbsthilfe, der Gegenwehr und der erfolgreichen Bewältigung mobilisiert.

**Abbildung 3:** Die Bewältigung der Umstellungskrise in den verschiedenen Milieutraditionen

| Traditionso-<br>nlinie<br>(TL)                                       | Ethos   | Hand-<br>lungso-<br>rientie-<br>rung                           | Lebens-<br>füh-<br>rung                     | Bezie-<br>hungs-<br>muster   | Teilung in Ge-<br>winner (G) und<br>Verlierer (V)  |
|--|---|--|---|--|--|
| <b>Unterpri-<br/>vilegierte<br/>TL</b><br><br>(ca. 10%)              | Realistisch<br>sein/Not-<br>wendig-<br>keitsethos | Gelegen-<br>heits-<br>orien-<br>tierung<br>(Flexibili-<br>tät) | Spontane<br>Situations-<br>bewälti-<br>gung | Soziales Ka-<br>pital: Selbst-<br>hilfe im en-<br>geren Milieu<br>und An-<br>lehnung an<br>Mächtige          | G u. V: teilweise<br>Populismus<br>G: aktive Stra-<br>tegien der Flexi-<br>bilität und An-<br>lehnung/V: Re-<br>signation bzw.<br>Anomie (bei ge-<br>ringem sozialen<br>Kapital) |
| <b>Ständisch-<br/>klein-<br/>bürgerliche<br/>TL</b><br><br>(ca. 25%) | loyal sein/<br>Pflicht-<br>ethos                  | Sicherheit:<br>Konfor-<br>mität mit<br>den Nor-<br>men         | Einord-<br>nung<br>in Hier-<br>archien      | Patron-Kli-<br>ent-Muster:<br>Loyalität ge-<br>gen Für-<br>sorge (Dele-<br>gation von<br>Verantwor-<br>tung) |  |

|  |   |  |   |  |   |
|--|---|--|---|--|---|
| <b>Facharbeiterische TL</b><br>(ca. 30%)   | Selbständig sein/<br>Ethos der Eigenverantwortung | Facharbeit: Bildungs- und Leistungsstreben                         | Methodische und eigenverantwortliche Lebensführung      | Persönliche Verantwortung und gegenseitige Solidarität       | G und V: Skeptische Abwendung von der großen Politik  |
| <b>Jugendkulturelle TL</b><br>(ca. 10%)    | frei sein/<br>Ablösung von den Älteren            | Rebellion gegen Pflicht- und Leistungsnormen                       | Selbstverwirklichung in der Jugendkultur                | Autonome Gemeinschaftsbildung                                | G und V: Abwendung v.d. großen Politik  |
| <b>Besitzbürgerliche TL</b> (ca. 10%)      | Oben sein/<br>Distinktion                         | Contenance und soziale Distinktion                                 | Pflicht und Geltung                                     | ökonomisch-soziale Hegemonie                                 | G und V.: Elitenkonkurrenz und kombinierte Ideologie: Spreizung der sozialen Hierarchie + Caritas |
| <b>Bildungsbürgerliche TL</b><br>(ca. 10%) | Exzellente Individualität                         | Askese und kulturelle Distinktion                                  | Dienst und Selbstverwirklichung                         | Dienst am Gemeinwohl und kulturelle Hegemonie                | Elitenkonkurrenz und ideologische Teilung in neoliberale Puritaner und karitative Idealisten      |
| <b>TL der Avantgardekultur</b><br>(ca. 5%) | vorn sein/<br>Trendsetzung                        | Überzeugt von der eigenen Mission/<br>Instrumentalisierung anderer | Akquisitiv/<br>Ästhetisch stilisierte Selbstdarstellung | aufstiegsbedingte Einschränkung der Verantwortung für andere | Verstärkte Aufstiegskonkurrenz/"no pity for the poor"   |

So gut wie alle Milieus suchen ihre äußeren Lebenslagen mit aktiven individuellen und gemeinschaftlichen Strategien zu bewältigen. Diese Strategien sind je nach Habitus und kultureller Tradition verschieden, so daß verschiedene Milieus die gleiche objektive Situation auch verschieden verarbeiten. Die soziale Frage gleicht daher heute nicht der einfachen Figur einer sich langsam spreizenden Schere, der alle gleich unterworfen sind. Sie gleicht eher einem Mosaik verschiedener Milieus, in denen sich die nach beiden Seiten aufgehenden Scheren sozialer Ungleichheit vielfach und vieldimensional wiederholen und abwandeln. Dies zeigt auch unsere Synopse der verschiedenen „Bewältigungsmuster“ (Abb. 3). In Milieus, die gute soziale Netze oder effiziente Strategien des Umgangs mit knappen oder unsicheren Ressourcen mobilisieren können, destabilisieren sich soziale Lagen seltener. Die Bewältigungsformen werden aber durch die neuen Lagen auch auf die Probe gestellt, und es zeigt sich, daß nicht alle Teile der Milieus sie erfolgreich anwenden können. Vielmehr teilen sich heute die Milieus in sich selbst zwischen relativen Gewinnern und relativen Verlierern.

So sind die Unterprivilegierten zwar wegen der Auslagerung arbeitsintensiver Branchen in Schwellenländer besonders von Dauerarbeitslosigkeit betroffen. Aber nur ein Teil findet keine Alternative zu Resignation oder Anomie. Viele mobilisieren auf virtuose Art ihre Netze informeller Gelegenheitsarbeit und ihre Strategien der Anlehnung an Mächtigeren.

Gerade dieser Weg ist den Milieus der Mitte verwehrt, deren Ehre in ihrem Arbeitsethos, ihrer Unabhängigkeit von Mächtigeren und ihrer Beständigkeit und Zuverlässigkeit liegt. Diese Milieus teilen sich zwischen jenen, die aufgrund besonderen Könnens oder Strebens dauerhaft oder immer wieder in etwas bessere Positionen gelangen können, und jenen, die Armut, Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit als Schande erleben und daher oft verhehlen.

Die oberen Milieus wiederum sind mehr von relativen Status- und Einflußverlusten als von Not betroffen. Sie engagieren sich als Individuen verstärkt in Kämpfen um Berufspositionen, als ganze Teilmilieus auch in symbolischen Kämpfen zwischen „neu“ und „alt“, in denen es um ihren schwindenden oder wachsenden Einfluß in der Gesellschaft geht. So beklagt die kritische humanistische Intelligenz den Verlust ihrer Hegemonierolle und feiern postmoderne Realpolitiker triumphierend ihren Aufstieg.

## 5. Vom Aufbruch zur Resignation: Die neuen gesellschaftspolitischen Lager und die Krise der Repräsentation

In der Phase der rot-grünen Koalition, die seit 1998 regiert, scheint sich in verdichteter Form ein Prozeß zu wiederholen, der auch die Entwicklung von den sechziger bis zu den neunziger Jahren gekennzeichnet hat. Auf eine Phase der Mobilisierung neuer Kräfte folgte eine Phase der politischen Verdrossenheit und Resignation. Sie ist Ausdruck der sozialen Gegensätze, die sich auf die politische Ebene, auf der es ja um die Regulierung dieser Gegensätze geht, transponieren.

Auf die Jahre sich öffnender sozialer Chancen folgte seit den achtziger Jahren die Erfahrung vergeblicher Mühen. Vor allem in den großen Milieus der Arbeitnehmer wurden die Lebensentwürfe und Erwartungen vor unsichere und diskontinuierliche Perspektiven gestellt. Die Individualisierung, die Vielfalt und Erlebnis versprach, wurde für viele zum Synonym von Eigennutz und Risiko. Die angesammelte Unzufriedenheit kam zuerst zum Vorschein, als sich, nach der Euphorie der deutschen Vereinigung von 1990, Ernüchterung und Enttäuschung verbreiteten. Der Pegel der „politischen Verdrossenheit“, der um 1980 nahe bei 10% gelegen hatte, stieg auf etwa 60%. Die scheinbar fortgesetzte Politik des Sozialabbaus führte schließlich zu größerer Unruhe in den Betrieben und gewerkschaftlichen Protestbewegungen.

So kam es nicht unerwartet, daß 1998 die Regierung Kohl, wie zuvor die meisten anderen konservativen Regierungen Europas auch, abgewählt wurde. Die Gewerkschaften und die sozialen Flügel der Parteien und der Kirchen hofften nun darauf, daß die neue rot-grüne Regierung die Politik der Deregulierung umkehren würde. Tatsächlich wurden Ende 1998 einige soziale Einschnitte zurückgenommen. Doch, nach dem erzwungenen Rücktritt des SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, der Symbolfigur der sozialen Integrationspolitik, verstärkte der Bundeskanzler, Gerhard Schröder, die Politik des Sparens und der sozialen Einschnitte wieder. Bei den Europawahlen im Juni 1999 verlor die SPD acht ihrer 20 Millionen Wähler von 1998. In den sechs regionalen Wahlen des Herbstes 1999 verlor die SPD bis zu 15% der Stimmen. Die Verluste beruhten ganz überwiegend nicht auf Abwanderungen zur CDU/CSU, sondern auf den Enthaltungen der treuesten SPD-Wähler. Im November 1999 wendete sich das Blatt. Zwar lag immer noch die Arbeitslosigkeit um vier Millionen, die Armut um 10% und der „Wohlstand auf Widerruf“ um 25%. Aber es wurden riesige gesetzwidrige Finanztransaktionen der CDU entdeckt, mit denen auch das Patronagesystem des früheren Kanzlers Kohl unter Beschuß geriet. Gleichwohl hat die Regierung das Ver-

trauen der sozialen Milieus nicht verlässlich wiedergewonnen. Vielmehr verstärkt sich der Eindruck, daß *alle* politischen Eliten den Kontakt mit den meisten großen Volksmilieus verloren haben, um deren Mobilisierung und Repräsentation es ihnen geht.

## 6. Die Lager der „politischen Verdrossenheit“

Die Erklärung für diese Unzufriedenheit findet sich in der veränderten Dynamik der gesellschaftspolitischen Lager, d. h. der großen Bevölkerungsgruppen, die sich nach ihren gesellschaftspolitischen oder weltanschaulichen Grundauffassungen relativ deutlich voneinander abgrenzen. Da keines der Lager von sich aus mehrheitsfähig ist, schöpfen die Parteien, miteinander konkurrierend, aus allen Lagern, freilich mit gewissen Schwerpunkten. Die Dynamik der Lager haben wir 1991 mit einer repräsentativen Befragung sowie mit nachfolgenden Untersuchungen näher ergründet (Vester u. a. 1993/2000; Vögele/Vester 1999). Danach fand einerseits das Modell der Arbeitnehmergesellschaft eine sehr hohe allgemeine Zustimmung von 78% bis 95% in allen Milieus, außer im konservativ-technokratischen Milieu (mit immerhin auch 60%). Andererseits waren drei der sechs von uns gefundenen Lager, mit 58% der Bevölkerung, fest überzeugt, daß die maßgeblichen Politiker keine Verantwortung gegenüber den Werten der sozialen Gerechtigkeit zeigten. Dabei schwang nicht zuletzt die Befürchtung mit, den eigenen Lebensstandard in den nächsten Jahren nicht mehr halten zu können. Im Einzelnen unterscheiden sich die drei Lager allerdings erheblich:

Das Lager der *Enttäuschten Autoritären* (ca. 27%) konzentriert sich bei den *Verlierern* der Modernisierung, den Milieus am unteren und rechten Rand des sozialen Raums, deren Arbeitsqualifikationen, Einkommen und soziale Zusammenhänge veraltet und begrenzt sind. Sie erfahren sich als ausgegrenzt und verarbeiten dies *autoritär*, mit Ressentiments gegen die Ausländer, die moderne Jugend und die Politiker. Bisher ziehen vier Fünftel von ihnen SPD und CDU/CSU vor. Aber die Sympathie für den Rechtspopulismus kann durchaus steigen.

Das Lager der *Skeptischen Distanz* gegenüber der Parteipolitik (ca. 18%) konzentriert sich bei den moderneren Arbeitnehmern der mittleren Generation mit gutem Fachkönnen, Leistungswillen und Zusammenhalt, in der modernen Mitte. Sie sind eher *relative Verlierer* der Modernisierung, d. h. durch diskontinuierliche Beschäftigung, sinkende Standards und steigende Belastungen bedroht. Ihr Vertrauen in die Arbeitnehmergesellschaft – daß Leistung durch Teilhabe belohnt wird – ist sehr enttäuscht. Dies verarbeiten sie überwiegend *demokratisch*, ohne Intoleranz

gegen andere Gruppen, zumal sie die sicheren Netze ihrer Milieus im Hintergrund haben. Ihre Enttäuschung zeigt sich in skeptischer Distanz gegenüber den Politikern und allen Ideologien, seien sie links, liberal, konservativ oder sozial-marktwirtschaftlich. Bisher lag ihre Neigung zur SPD über dem Durchschnitt, zu CDU/CSU und FDP darunter. Aber es besteht erhöhte Gefahr der Wahlenthaltung.

Das Lager der *Sozialintegrativen* (ca. 13%) konzentriert sich in den modernsten Teilen der Arbeitnehmersmilieus in der *linken und oberen Mitte*. Mit ihrer meist guten Qualifikation, ihren modernen Lebensstilen und ihrem lebendigen sozialen Zusammenhalt gehören seine Angehörigen eher *nicht* zu den *Verlierern*. Enttäuscht sind sie häufig von dem, was sie als *autoritäre Arroganz der institutionellen Mächte* und als Entmutigung von Solidarität und Mitbestimmung erleben. Sie verarbeiten dies in der Regel so, daß sie der institutionellen Politik die Teilnahme verweigern und sich eher aktiv und unkonventionell in überschaubaren Kreisen der Basispolitik im Alltag und am Arbeitsplatz engagieren. Sie sind das einzige Lager der Gesellschaft, das *solidarisch* für die Gleichstellung *aller* eintritt, d. h. gegen die Diskriminierung von Frauen und Ausländern ebenso wie gegen die vertikalen Klassenunterschiede. Bisher sympathisieren sie stark überdurchschnittlich mit SPD und Grünen, aber auch das Nichtwählen könnte zunehmen.

Keines der drei Lager ist allein wegen ökonomischer Benachteiligung „verdrossen“. Dies zeigt sich besonders an dem anscheinenden Paradox, daß die Gruppe mit den geringsten Ressourcen, das erste Lager, gerade *nicht* die Gruppe mit dem klarsten Oppositionsbewußtsein ist, während die Gruppe mit den besten ökonomischen und kulturellen Standards, das dritte Lager, nicht nur die kritischste ist, sondern auch besonders die Milieus der „Arbeitnehmerintelligenz“ zu sich zählt, die in Gemeinden, Vereinen, Kollegenkreisen oder offenen Gesellungen besonders als Meinungsmultiplikatoren anerkannt sind. Es ist eine bezeichnende Schwäche der führenden politischen Organisationen und Lager, daß sie den besonders kompetenten Angehörigen dieses Lagers keine Kooperation „auf Augenhöhe“ anbieten können.

Eingriffe in die Lebensweise waren auch immer wichtigere Gründe für Protest als sinkende materielle Standards allein (vgl. v. a. Thompson 1987 [1963]). So bedauern die drei Lager vor allem die neuen *Belastungen und Zumutungen*. Das erste Lager beklagt vor allem die moralische Ausschließung aus der Modernisierung. Das zweite Lager thematisiert die Erschwerung einer kontinuierlichen Lebensweise, in der Verantwortung sich auch lohnt und Leistung nicht entwertet wird. Das dritte Lager kriti-

siert die autoritäre und eigensüchtige „Kultur der Selbstzufriedenheit“, wie John Kenneth Galbraith (1992) die neue herrschende Moral in den durch den Neoliberalismus Reagans veränderten USA nennt.

## 7. Die Lager der Selbstzufriedenheit

Bei den führenden politischen Lagern und Eliten gibt es wenig Anzeichen für Selbstkritik. Dies bestätigt, daß die Krise der Repräsentation, wie Klaus von Bismarck dies bereits 1957 am Beispiel der Kirche festgestellt hat (von Bismarck 1957), mit der sog. „Milieuverengung“, der Einschränkung auf die jeweilige unmittelbare Gefolgschaft, erklärt werden kann. Die „selbstzufriedenen“ Lager gehören zu zwei verschiedenen politischen Formationen, der konservativen und der rot-grünen. Beide Formationen unterliegen, wie ihre Pendanten in den anderen europäischen Ländern, charakteristischen Krisenprozessen.

Die konservative Formation erodiert. Sie ist zwar im Kern noch recht groß, aber sie ist von etwa 32% auf etwa 25% geschrumpft, da jüngere konservative Angestellte und Facharbeiter durch den Wandel der Lebensstile toleranter und offener geworden sind und immer weniger Verständnis für die selbstgefällige konservative Patronatspolitik haben. Bei etwa einem Drittel der abwandernden Gruppen regt sich auch mehr Verständnis für die Gleichstellung der Frauen und der Ausländer und für Themen der Ökologie und der Bürgerrechte.

Die rot-grüne Formation ist in sich tief gespalten und kann zur Zeit die unzufriedenen Mehrheitslager ebenfalls kaum erreichen. Die innere Spaltung zwischen den beiden Leitgruppen der rot-grünen Lagerformation stammt aus den Gründerjahren nach 1968. Die neue Formation bestand von Anfang an aus zwei parallelen Lagerbildungen – den arbeitnehmerorientierten Intelligenzmilieus und den kritischen höheren Bildungsmilieus. Die Unterschiede wurden durch die Abgrenzung von gemeinsamen Gegnern und durch die gemeinsame Ideologie lange überdeckt. Mit der rot-grünen Bundesregierung von 1998 wurde sie unüberschaubar.

Die politische Strömung, die die Arbeitergesellschaft nicht abzubauen, sondern in sich modernisieren will, ist seit dem erzwungenen Rücktritt ihrer Symbolfigur, Oskar Lafontaine, von der Macht abgedrängt und in der Politik „unsichtbar“ geworden. Die von ihnen repräsentierten großen Teile des oben beschriebenen „*Sozialintegrativen*“ Lagers sind aber noch ein bedeutender Faktor im vorpolitischen Raum.

Diese durch Gerhard Schröder personifizierte herrschende Strömung, die den Ausgleich der „Arbeitergesellschaft“ durch eine neue verti-

kale Spreizung der sozialen Ungleichheiten und Risiken ablösen will, rekrutiert ihre Anhänger hauptsächlich aus dem Lager der „Radikaldemokraten“ und vertritt das Blairistische neue Politikmodell.

Im Lager der Radikaldemokraten (ca. 11%) hat die mittlere Generation der Kinder aus oberen akademischen Milieus ein besonderes Gewicht, die sich seit 1968 radikalisiert und für post-moderne Ziele engagiert haben und die heute höhere moderne Berufspositionen einnehmen. So sehr dieses Lager sich für Bürger-, Frauen- und Ausländerrechte und für Friedens- und Umweltthemen einsetzt, so wenig achtet es auf die Fragen vertikaler Klassen- und Autoritätsunterschiede. Hier ist sein blinder Fleck, der ihm auch den Vorwurf der *Pseudoprogressivität* (vgl. Reissmann 1985) einträgt. Dies wurde besonders beim Eintreten vieler rot-grüner Politiker für Kürzungen der Sozialhaushalte und gegen eine angeblich zu bequeme Hängematten-Mentalität der Bevölkerung deutlich. Die Grünen haben dadurch bereits 1998 die modernen, ökologisch sensibilisierten Arbeitnehmer als Wähler verloren. Die Blairistische Politik hat auch ursächlich mit den wachsenden Wahlenthaltungen moderner SPD-Anhänger zu tun, von denen ein gewisser Teil aus Protest auch die PDS zu wählen bereit ist.

Das radikaldemokratische Lager neigt der neuen neoliberal-sozialdemokratischen Mischung nicht als ganzes zu, aber doch in wichtigen Teilen. Schon 1991 galten die überdurchschnittlichen Parteisympathien des Lagers nicht nur der SPD und den Grünen, sondern auch der FDP. Die wirtschaftsliberal und elitär eingestellten „Radikaldemokraten“ finden sich heute politisch zusammen mit den *neuen Technokraten* des Blairismus, die sich aus Milieufragmenten der modernen Aufsteiger und post-modernen Unternehmer sowie aus Politikern, Managern und Spitzenbeamten zusammensetzen, die die Sparpolitik und die sozialen Einschnitte auch meinen moralisch legitimieren zu müssen.

Für sich genommen, kann das kleine radikaldemokratische Lager nur begrenzt mehrheitsbildend wirken. Durch die Ausgrenzung der Rivalen des sozialintegrativen Lagers hat es sich in eine Falle gegeben. Es hat damit auf einen Partner verzichtet, der eine „sozialmoralische Brücke“ zu den arbeitnehmerischen Mehrheitslagern hätte bauen können. Daß diese Brücke gebraucht wird, war deutlich an der Ablehnung zu sehen, die die Aufsteigersymbolik, durch die der Kanzler als „Genosse der Bosse“ erschien, bei den Stammwählern erfuhr.

In der jetzigen Situation reagiert keines der führenden Milieus auf die Erfahrungen sozialer Destabilisierung in den großen Volksmilieus. Diese Erfahrungen werden nicht ernstgenommen, weil im vulgärmaterialisti-

schen Mainstream nur Arbeitslosigkeit, Armut und Anomie als „legitime Not“ gelten. Der hohe Pegel der Unzufriedenheit muß daher als unberechtigt erscheinen. Eine Strategie, die die ganze Spannweite der von einer sozialreformerischen Volkspartei zu integrierenden Milieus anspricht, fehlt immer noch. An ihrem Fehlen war bereits 1982 der sozialdemokratische Kanzler Helmut Schmidt gescheitert, als er die FDP nicht mehr einbinden konnte und die Milieus der neuen grün-alternativen Bewegungen nicht einbinden wollte. Seitdem fehlt der SPD ein überzeugendes Integrationsmodell und auch eine Führungsfigur, die dieses symbolisieren könnte. Nach Willy Brandt wechselte sie 1999 zum vierten Mal den Vorsitzenden, und auch der jetzige, Gerhard Schröder, verkörpert nur bestimmte Richtungen. Seine Wahlerfolge beruhen, wie die Helmut Kohls bis 1994, auf Mobilisierungen, die ad hoc und nicht dauerhaft wirkten. Die Bindekraft der Sozialdemokratie erodiert ebenso wie die der Union.

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der relative Rückzug des Staates hat die Last der sozialen Risikobewältigung zunehmend auf die sozialen Milieus verlagert. Sie müssen mit den Problemen der neuen Zumutungen und Belastungen, der Diskontinuität und des Mißverhältnisses zwischen Leistung und Erfolg fertigwerden. Der Sozialpsychologe Kurt Lewin hat bereits 1942 festgestellt, daß für die „Moral“, d. h. den Mut und die Hoffnung eines Akteurs, seine „Zeitperspektive“ maßgeblich ist. Wenn die Etappen der Zukunft unklar und die Mittel zu ihrer Erreichung unsicher sind und wenn angestregtes Bemühen unvorhersehbar vergeblich sein kann, können die Menschen ihre Kräfte nicht mehr zuversichtlich organisieren (Lewin 1953). Dies kann entweder zur Demoralisierung (wie im Lager der „Enttäuschten Autoritären“) oder zum Rückzug auf den verlässlichen Alltag (wie im Lager der „Skeptisch Distanzierten“) oder aber zum Wechsel des Feldes politischer Aktivität, d. h. zum aktiven Engagement in der alltäglichen Subpolitik (wie im Lager der „Sozialintegrativen“) führen. Die Unzufriedenheit ist ein Moralproblem und daher gewissermaßen auf der Zeitachse des sozialen Feldes zu messen und nicht auf der vertikalen Achse der Güterverteilung.

Wenn die Politik der universellen Flexibilisierung fortgesetzt wird oder wenn der Aktienboom umkippt und eine neue wirtschaftliche Rezession auslöst, dann ist es wahrscheinlich, daß die drei Formen „politischer Verdrossenheit“ sich weiterentwickeln werden. Einerseits könnte das populistische Potential eines Tages die Basis einer rechten Zwanzig-Prozent-Partei nach österreichischem Vorbild werden. Ebenso könnte auf der sozialdemokratischen Seite des politischen Spektrums die PDS vom Versagen der SPD profitieren. Schließlich könnten sich die enttäuschten demo-

kratischen Arbeitnehmerlager weiter von der Parteipolitik abwenden und vermehrt die Erwartung an die Gewerkschaften richten, ihre Rolle als außerparlamentarische Gegenmacht wieder aufzunehmen.

## Literatur

- Baethge, Martin/Denkinger, Joachim/Kadritzke, Ulf (1995): Das Führungskräfte-Dilemma. Manager und industrielle Experten zwischen Unternehmen und Lebenswelt. Frankfurt a. M.: Campus.
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2). Göttingen: Otto Schwartz & Co, S.35–74.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Becker, Ulrich/Becker, Horst/Ruhland, Walter (1992): Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung. Düsseldorf: Econ.
- Bell, Daniel (1985 [1973]): Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Campus [The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting. New York: Basic Books 1973].
- Berger, Peter (1996): Individualisierung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Berger, Peter A./Hradil, Stefan (Hrsg.) (1990): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen: Otto Schwartz & Co (Soziale Welt, Sonderband 7).
- von Bismarck, Klaus (1957): Kirche und Gemeinde in soziologischer Sicht. Zeitschrift für evangelische Ethik, 1, 1957, S.17–31.
- Bourdieu, Pierre (1982 [1979]): Die feinen Unterschiede. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre u. a. (1997 [1993]): Das Elend der Welt: Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.
- Clarke, John/Hall, Stuart u. a. (1979): Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen. Frankfurt a. M.: Syndikat.
- Dahrendorf, Ralf (1957): Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart: Enke.
- Flaig, Berthold Bodo/Meyer, Thomas/Ueltzhoeffer, Jörg (1993): Alltagsästhetik und politische Kultur. Bonn: Dietz.
- Galbraith, John Kenneth 1992: The Culture of Contentment. Boston: Houghton Mifflin.
- Geiger, Theodor (1949): Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. Köln/Hagen: Kiepenheuer.
- Geiling, Heiko (1996): Das andere Hannover. Jugendkultur zwischen Rebellion und Integration in der Großstadt. Hannover: Offizin.
- Geißler, Heiner (1976): Die neue soziale Frage. Freiburg: Herder.
- Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg – die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hrsg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim: Juventa.
- Hradil, Stefan (1987): Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen: Leske & Budrich.
- Hübinger, Werner (1996): Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg im Breisgau: Lambertus.

- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
- Konietzka, Dirk (1997): ‚Verberuflichung‘ und ‚Destandardisierung‘. Berlin (Dissertation Freie Universität Berlin).
- Kreckel, Reinhard (1992): Politische Soziologie sozialer Ungleichheit. Frankfurt a.M.: Campus.
- Lepsius, M. Rainer (1973): Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen. Politische Vierteljahresschrift, 14, S. 295–313.
- Lewin, Kurt (1953): Die Lösung sozialer Konflikte. Bad Nauheim: Christian.
- Reissmann, Jens (1985): Pseudoprogressivität. Hannover: Druck-Team.
- Sopp, Peter/Konietzka, Dirk (1998): Gespaltener Arbeitsmarkt – Ausgeschlossene Individuen, Vortrag (Ms.).
- SPD (1984): Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD. Ein Forschungsprojekt des Vorstandes der SPD. Bonn: Parteivorstand der SPD.
- ‚Spiegel‘ Verlag/manager magazin (Hrsg.) 1996: SPIEGEL-Dokumentation Soll und Haben 4, Hamburg.
- Thompson, Edward P. (1987[1963]): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. 2 Bde. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (1993/2000): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Köln: Bund Verlag/Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Vögele, Wolfgang/ Vester, Michael (Hrsg.) (1999): Kirche und Milieus der Gesellschaft, Bd. 1: Vorläufiger Abschlußbericht der Studie (Loccumer Protokolle, Bd. 56/1999 I). Loccum 1999.
- Weber, Max (1988): Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede [Freiburg, Mai 1895], in: Max Weber: Gesammelte Politische Schriften, Stuttgart: UTB/München:Drei-Masken-Verlag [1921], S. 1–25.
- Young, Michael (1958): The Rise of the Meritocracy 1870–2033. Harmondsworth: Penguin [deutsch: Es lebe die Ungleichheit. Düsseldorf: Econ 1961].
- Zinn, Karl Georg (1998): Wie Reichtum Armut schafft. Köln: PapyRossa.

|   |     |
|---|-----|
| <i>Michael Vester</i><br>Von der Integration zur sozialen Destabilisierung: Das Sozialmodell der Bundesrepublik und seine Krise   | 4   |
| <b>Themenschwerpunkt „Gewalt“</b>   |     |
| <i>Zygmunt Bauman</i><br>Alte und neue Gewalt   | 28  |
| <i>John Devine</i><br>The School Massacres in the United States   | 43  |
| <i>Jörg Hüttermann</i><br>Review Essay: Dichte Beschreibung oder Ursachenforschung der Gewalt? Anmerkungen zu einer falschen Alternative im Lichte der Problematik funktionaler Erklärungen | 54  |
| <i>Jürgen Mansel</i><br>Determinanten für Gewaltbereitschaft und Gewalt im Jugendalter  | 70  |
| <b>Summaries</b>  | 94  |
| <b>Forschungsnetzwerk „Ethnisch-kulturelle Konflikte, Rechtsextremismus und Gewalt“ – Projektvorstellungen</b>  |     |
| <i>Fridrik Hallsson</i><br>Qualitativ-figurale Einstellungsforschung (QFE)  | 97  |
| <i>Kurt Salentin</i><br>Bedingungen und Folgen ethnischer Koloniebildung: Eine empirische Studie unter Zuwanderern aus fünf Ländern in der Bundesrepublik                                   | 101 |
| <i>Rainer Strobl</i><br>Das Interaktionsgeflecht lokaler Akteure und die Normalisierung rechtsextremistischer Gewalt in ostdeutschen Städten  | 106 |

|   |     |
|---|-----|
| <b>Rezensionen</b>  |     |
| Klaus J. Bade/Jochen Oltmer (Hrsg.): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa, Osnabrück 1999 ( <i>Rainer Strobl</i> )  | 112 |
| Alain de Benoist: Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Berlin 1999 ( <i>Heiner Bielefeldt</i> )  | 115 |
| Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster 1999 ( <i>Johannes Vossen</i> )  | 117 |
| Heinrich Lummer: Deutschland soll deutsch bleiben. Kein Einwanderungsland, kein Doppelpass, kein Bodenrecht, Tübingen 1999 ( <i>Heiner Bielefeldt</i> )                 | 121 |
| Sighard Neckel: Waldleben – Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989, Frankfurt a. M./New York 1999 ( <i>Jörg Hüttermann</i> )  | 122 |
| <b>Sammelrezension: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus:</b>  |     |
| Hans D. König (Hrsg.), Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a. M. 1998  |     |
| Jutta Menschik-Bendele/Klaus Ottomeyer (Hrsg.), Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms, Opladen 1998 ( <i>Arnd Ridder</i> ) | 126 |
| <b>Neue Bücher</b>  | 130 |
| <b>Hinweise für Autorinnen und Autoren</b>  | 137 |
| <b>Die Autoren der Aufsatzbeiträge</b>  | 140 |
| <b>Impressum</b>  | 141 |

## Die Autoren der Aufsatzbeiträge:

Prof. Dr. Zygmunt Bauman, Department of Sociology, University of Leeds, Leeds LS2 9JT

Prof. John Devine, The Metropolitan Center for Urban Education at New York University, 82 Washington Square East, Suite 72, New York, NY 10003, USA

Dr. Jörg Hüttermann, Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld

Hochschuldozent Dr. Jürgen Mansel, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik, Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld

Prof. Dr. Michael Vester, Universität Hannover, Institut für Politische Wissenschaft, Schneiderberg 150, 30167 Hannover

## Impressum

*Journal für Konflikt- und Gewaltforschung (JKG), 2. Jg., Heft 1/2000*

Herausgeber:

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Vorstand: Günter Albrecht, Otto Backes, Rainer Dollase, Wilhelm Heitmeyer, Monika Näther, Kurt Salentin)

Wissenschaftlicher Beirat:

Jens Dangschat (Wien); Manuel Eisner (Zürich); Hartmut Esser (Mannheim); Friedrich Heckmann (Bamberg); Hans-Gerd Jaschke (Berlin); Wolfgang Kühnel (Berlin); Alf Lüdtke (Erfurt/Göttingen); Amélie Mummendey (Jena), Gertrud Nunner-Winkler (München); Karl F. Schumann (Bremen); Helmut Thome (Halle); Michael Vester (Hannover); Peter Waldmann (Augsburg)

Redaktion:

Heiner Bielefeldt; Wilhelm Heitmeyer; Dietmar Loch; Kurt Salentin; Johannes Vossen (verantwortlich)

Koordination und Gestaltung:

Johannes Vossen

Cover:

Doris Voss, Audiovisuelles Zentrum der Universität Bielefeld

Gesamtherstellung:

Druckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

Anschrift der Redaktion:

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, Tel.: 0521/106-3163/3165; Fax: 0521/106-6415, E-Mail: [ikg@uni-bielefeld.de](mailto:ikg@uni-bielefeld.de)

Erscheinungsweise:

Zweimal jährlich (15. April und 15. Oktober)

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement DM 30,- (ermäßigt für Studierende und Erwerbslose: DM 20,-), Einzelhefte DM 20,- (ermäßigt: DM 10,-). Schriftliche Bestellungen bitte an die Redaktionsanschrift oder an den Buchhandel. ISSN 1438-9444